

Presseerklärung

DDR-Zwangsarbeit

UOKG-Verbände beschließen die Gründung eines Stiftungsverein

Berlin, 25. Juni 2016

Die unter der UOKG gesammelten Verbände und Initiativen haben heute im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung folgenden Beschluss verabschiedet:

"Die Mitgliederversammlung beauftragt den Vorstand einen eigenständigen Stiftungsverein ins Leben zu rufen, der dazu dienen soll, finanzielle Mittel aus öffentlicher und privater Hand zu generieren, um damit die Besserstellung und Unterstützung für ehemalige Zwangsarbeiter in der SED-Diktatur zu ermöglichen."

Der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski, erklärt zu diesem Vorstoß: „Die Deutsche Bahn hat durch ein umfangreiches Gutachten die ungeheuerliche Ausbeutung von politischen Häftlingen in der SED-Diktatur festgestellt. Auch private Unternehmen sind bereit sich bei der Aufarbeitung und Wiedergutmachung zu engagieren.

Da die Politik sich schwer tut, einen Wiedergutmachungsfond o. ä. zu organisieren, müssen wir, die Opfer selbst die Initiative übernehmen und Fakten schaffen.“

Ansprechpartner: UOKG-Geschäftsstelle, 030 / 55 77 93 - 51